

Umwelt-Monitor.

Februar 2008.

Herausgeber.

KfW Bankengruppe, Konzernkommunikation
Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0; Telefax 069 7431-2944
info@kfw.de, www.kfw.de

Redaktion.

KfW Bankengruppe, Abteilung Volkswirtschaft
Telefon 069 7431-1736, Anke Brüggemann
research@kfw.de

ISSN 1864-2357

Frankfurt am Main, Februar 2008

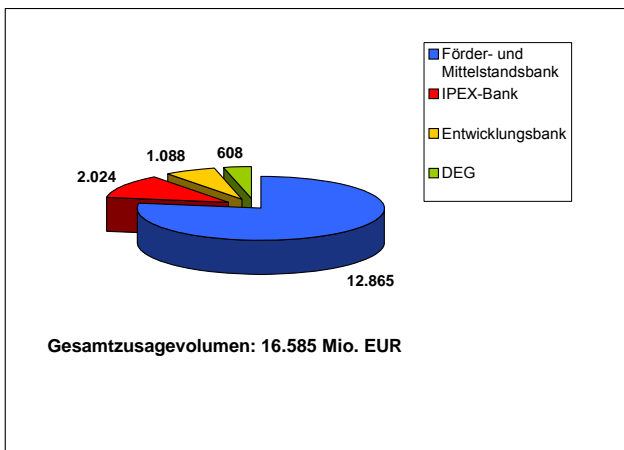
Die Themen im Überblick

Umwelt- und Klimaschutzförderung der KfW Bankengruppe in 2007 weiter auf hohem Niveau	5
Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ erfolgreich fortgesetzt	6
Neues Programm der KfW Förderbank: Sonderfonds Energieeffizienz in KMU	8
Preisträger des KfW-Energieeffizienzpreises 2007 ausgezeichnet	9
KfW-Nachhaltigkeitsindikator erstmals veröffentlicht	11
KfW stellt Mittel zum Kauf von Post-Kyoto Emissionsreduktionen bereit.....	13
BMU-Programm „Pilotprojekte Ausland“: Förderzusage für die Modernisierung eines polnischen Heizwerks erteilt.....	14
Engagement der KfW Entwicklungsbank zur Förderung einer nachhaltigen Abfallwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern	16
DEG baut Klimaschutzförderung in Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft aus.....	19
Überarbeitung der Umwelt- und Sozialrichtlinien der KfW Bankengruppe.....	20
Verlauf und Ergebnisse der Weltklimakonferenz auf Bali	21
Materialeffizienz: Eine Herausforderung für Wirtschaft und Politik	23
Aktuelle Förderzahlen	25

Umwelt- und Klimaschutzförderung der KfW Bankengruppe in 2007 weiter auf hohem Niveau

2007 konnte die KfW Bankengruppe ihren Status als bedeutende global agierende Umweltbank bekräftigen. Mit 16,6 Mrd. EUR erreichte das Zusagevolumen für Umwelt- und Klimaschutzvorhaben im In- und Ausland wieder das hohe Niveau des vorangegangenen Jahres. Der Klimaschutz stellte dabei einen Förderschwerpunkt dar. Mit einem Kreditvolumen von 4,4 Mrd. EUR für Investitionen in die Nutzung erneuerbarer Energien war die KfW auch 2007 weltweit einer der größten Finanzierer für erneuerbare Energien. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz wurden im letzten Jahr mit einem Zusagevolumen von insgesamt 6,2 Mrd. EUR unterstützt.

KfW-Zusagevolumen für Umwelt- und Klimaschutzvorhaben in 2007 (in Mio. EUR)



Die inländischen Programme der KfW Förderbank und der KfW Mittelstandsbank machten mit 12,9 Mrd. EUR den größten Anteil des Zusage-

volumens für Umwelt- und Klimaschutz der KfW Bankengruppe aus. Hiervon entfielen 38 % auf Maßnahmen zur Energieeinsparung im Wohnungsbereich, 29 % auf die Förderung erneuerbarer Energien, 28 % flossen in den gewerblichen Umweltschutz und 5 % dienten der Finanzierung kommunaler Umwelt-Infrastruktur.

Die nach kommerziellen Gesichtspunkten handelnde KfW IPEX-Bank hat im Jahr 2007 insgesamt 2 Mrd. EUR für die Finanzierung von Projekten verwendet, die dem Umweltschutz dienen und zu nachhaltiger Entwicklung beitragen. Einen Schwerpunkt dieser Finanzierungen bildeten der Ausbau und die Modernisierung des Schienenverkehrs im In- und Ausland. In diesem Sektor hat die Bank Finanzmittel über rund 1,4 Mrd. EUR bereitgestellt. Mit 0,4 Mrd. EUR hat sie zudem verschiedene Projekte der erneuerbaren Energien finanziert, u. a. einen Solarpark in Spanien und einen Windpark in Taiwan. Für Vorhaben zur Abwasserbehandlung sowie zur Abfallentsorgung und -recycling wurden Kredite über 0,2 Mrd. EUR vergeben.

Auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bildet der Umwelt- und Klimaschutz einen wichtigen Förderschwerpunkt. Für entsprechende Projekte in Entwicklungs- und Transformationsländern haben KfW Entwicklungsbank und DEG im letzten Jahr insgesamt 1,6 Mrd. EUR zugesagt. ■

Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ erfolgreich fortgesetzt

Im Februar 2006 hatten Bund und KfW die gemeinsame Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ ins Leben gerufen. Diese Initiative ist Bestandteil des 25-Mrd.-Euro-Pakets der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Sie wurde nach einem ausgezeichneten Start erfolgreich im Jahr 2007 fortgeführt. Neben den Kreditprogrammen zur Förderung der kommunalen Infrastruktur umfasst sie die wohnwirtschaftlichen Förderprogramme der KfW. Kern der Initiative ist die Unterstützung von Investitionen im Bereich energieeffizientes Bauen und Sanieren. Sie leistet damit einen wesentlichen Beitrag zum nationalen Klimaschutzprogramm der Bundesregierung.

Im Jahr 2007 hat die KfW Förderbank im Rahmen der Initiative insgesamt 220.000 Kredite über 15,8 Mrd. EUR zugesagt. Davon entfielen 218.000 Kredite über 12,7 Mrd. EUR auf die Finanzierung wohnungswirtschaftlicher Investitionen. Damit wurde das außerordentlich hohe Kreditvolumen des Vorjahres nahezu wieder erreicht. Die beachtlichen Förderergebnisse zeigen die hohe Bereitschaft deutscher Wohnungseigentümer, einen Beitrag zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz zu leisten, wenn sie dabei angemessen unterstützt werden.

Energieeffizientes Bauen und Sanieren

In den wohnwirtschaftlichen Programmen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren sagte die KfW Förderbank im Jahr 2007 Kredite über 5 Mrd. EUR zu. Die Förderprogramme wurden

2007 in mehreren Bereichen erweitert und verbessert:

- Zu Beginn des Jahres wurde das KfW-Programm zur CO₂-Gebäudesanierung um eine Zuschussvariante ergänzt. Privatpersonen, die keinen Kredit benötigen, können seitdem für Vorhaben in Ein- oder Zweifamilienhäusern auch Zuschüsse zu den förderfähigen Investitionskosten erhalten.
- Außerdem werden seit Beginn des Jahres 2007 Kredite an Kommunen und gemeinnützige Organisationen zur Sanierung von Schulen, Schulsporthallen, Kindertagesstätten und Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit gewährt. Gerade hier gibt es im kommunalen Bereich noch erhebliche Potenziale zur Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen. Die Förderkredite werden in den KfW-Programmen Kommunalkredit und Sozial Investieren in gesonderten Förderfenstern mit einer besonderen Zinsverbilligung ausgereicht.
- Seit Ende Dezember 2007 können Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern bei der KfW Förderbank einen Zuschuss für Baubegleitung beantragen. Dieser ist an ein konkretes Sanierungsvorhaben gekoppelt, das entweder in der Kredit- oder der Zuschussvariante des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms gefördert wird. Voraussetzung ist die Sanierung auf Neubauniveau oder besser nach der Energieeinsparverordnung (EnEV). Bei umfassenden energetischen Sanierungen von Wohnhäusern ist die Sicherung der

Qualität bei der Umsetzung der geförderten Maßnahmen ein wichtiger Erfolgsfaktor.

Aufgrund der hohen Bedeutung des Programmpakets zum „energieeffizienten Bauen und Sanieren“ für die Klimaschutzziele der Bundesregierung hat das Bundeskabinett im August in Meseberg beschlossen, das Programmpaket bis 2011 auf dem derzeitigen Niveau fortzuführen. Außerdem soll im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms ein Programmbaustein zur energetischen Optimierung vorhandener Stadtstrukturen unter Beteiligung der Wohnungs- und Energiewirtschaft entwickelt werden.

Die KfW Förderbank und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung haben die Fördereffekte der im Bereich „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ zusammengefassten KfW-Programme im Rahmen zweier Studien umfassend evaluieren lassen. Dabei handelt es sich um die Programme CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, Wohnraum Modernisieren (ÖKO-PLUS-Variante) und Ökologisch Bauen. Die Evaluierung führten ein Wissenschaftskonsortium unter Leitung des Bremer Energie Instituts (BEI) sowie das Fraunhofer-Institut für Bauphysik durch. Die Studien kamen zu dem Ergebnis, dass allein die 2006 finanzierten Investitionen eine dauerhafte Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von jährlich über 1 Mio. Tonnen bewirken. Zusammen mit den im Jahr 2007 geförderten Maßnahmen konnte so der jährliche CO₂-Ausstoß um etwa 1,6 Mio. Tonnen reduziert werden. Für das Jahr 2007 handelt es sich noch um eine vorläufige Schätzung, die in einem weiteren Gutachten wissenschaftlich evaluiert wird. Die unveränderte

Fortführung des Programmpakets kann somit einen wesentlichen Beitrag zu dem in Meseberg beschlossenen integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung leisten und ist letztlich ein unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Klimaschutzanstrengungen, um die internationalen Verpflichtungen einhalten zu können.

Im Rahmen der KfW-Programme für „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ kommt dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ein besonderes Gewicht zu. Bei drei Viertel der Sanierungsvorhaben wurde eine Erneuerung der Heizung vorgenommen. In rund einem Drittel dieser Fälle wurde ein Biomasse-Heizkessel installiert. Auch wurden bei etwa 30 % der Gebäude im Zuge der Modernisierung thermische Solaranlagen eingebaut. Es wird folglich mit dem Programm nicht nur die Energieeffizienz der Gebäude deutlich verbessert, sondern auch der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor weiter vorangetrieben. Die besonders klimaschädlichen Kohle- und Nachtspeicherheizungen wurden bei Modernisierung des Heizungssystems fast vollständig ausgetauscht. Eine Dämmung der Außenwand wurde bei 66 % der Kreditnehmer finanziert. Im Ergebnis bewirken die in 2006 geförderten Sanierungsmaßnahmen eine Einsparung von über 40 % des jährlichen Energiebedarfs.

Als weiteres Ergebnis folgt aus der Evaluierung, dass mit den im Rahmen des Programmpakets „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ im Jahr 2006 geförderten Investitionen in Höhe von 11,8 Mrd. EUR rund 220.000 Arbeitsplätze für ein Jahr gesichert werden konnten. Diese Arbeits-

platzeffekte kamen insbesondere der mittelständischen Bauwirtschaft und dem Handwerk in Deutschland zugute.

Die Ergebnisse der Studien zeigen, dass mit den Programmen aus dem Bereich „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ eine dreifache Rendite verbunden ist: Erstens wird der Ausstoß schädlicher Treibhausgase deutlich vermindert: Das schützt das Klima! Zweitens wird der Verbrauch teurer fossiler Brennstoffe wie Öl und Erdgas reduziert: Das reduziert wiederum die Energiekosten der Haushalte und macht Deutschland unabhängiger von sich stetig verteuernenden Öl- und Gasimporten. Drittens regen die Sanierungsmaßnahmen die heimische Nachfrage an: Das schafft neue Arbeitsplätze speziell im mittelständisch geprägten Handwerk. ■

Neues Programm der KfW Förderbank: Sonderfonds Energieeffizienz in KMU

Am 21. Februar 2008 haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und die KfW Förderbank in einer gemeinsamen Initiative den „Sonderfonds Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen“ gestartet. Ziel ist es, kleine und mittlere Unternehmen bei der Erschließung von Energieeinsparpotenzialen zu unterstützen, um sie mittel- und langfristig durch niedrigere Energiekosten zu entlasten und damit ihre Wettbewerbsposition zu verbessern.

Die sparsame und effiziente Energienutzung wird für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft angesichts weltweit steigender Energie-

preise und der großen Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten immer wichtiger. Zugleich belegen zahlreiche Studien und Praxisbeispiele, dass in den Sektoren Industrie und Gewerbe noch immer erhebliche Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz vorhanden sind. Aufgrund verschiedener Hemmnisse werden diese aber bislang nur zögerlich von den Unternehmen erschlossen. Dies trifft insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu. Oft fehlt es sowohl an Wissen über bestehende Einsparpotenziale als auch an den notwendigen finanziellen Mitteln zur Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen. Hier setzt der „Sonderfonds Energieeffizienz in KMU“ an, der sich aus den beiden Komponenten „Energieeffizienzberatungen“ und „Investitionskredite für Energieeinsparmaßnahmen“ (ERP-Energieeffizienzprogramm) zusammensetzt.

Im Rahmen der „Energieeffizienzberatungen“ werden Zuschüsse für qualifizierte und unabhängige Energieberatungen in kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und bei Freiberuflern gewährt. Durch die Beratung sollen Schwachstellen bei der effizienten Energieverwendung aufgezeigt und Vorschläge bzw. konkrete Maßnahmenpläne für energie- und kostensparende Verbesserungen gemacht werden. Gefördert werden Initialberatungen (Erstberatungen) und Detailberatungen (vertiefende Energieanalysen).

Mit einem Investitionskredit aus dem ERP-Energieeffizienzprogramm können kleine und mittlere Unternehmen Investitionen zur Energieeinsparung zinsgünstig finanzieren. Antragsbe-

rechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, freiberuflich Tätige sowie Unternehmen, die im Rahmen einer Contracting-Vereinbarung Energiedienstleistungen für Dritte übernehmen. Gefördert werden alle Maßnahmen, die Energieeinspareffekte von mindestens 15 % bei Neuinvestitionen bzw. 20 % bei Ersatzinvestitionen erzielen, z. B. in den Bereichen Haus- und Energietechnik, Maschinenpark oder Informations- und Kommunikationstechnik. Förderfähig ist auch die Sanierung eines Gewerbegebäudes auf Neubau-Niveau nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) bzw. der Neubau einer Gewerbeimmobilie, wenn das Neubau-Niveau nach EnEV um mindestens 30 % unterschritten wird. Der Finanzierungsanteil im ERP-Energieeffizienzprogramm beträgt bis zu 100% der förderfähigen Investitionskosten bei einem Kredithöchstbetrag von 10 Mio. EUR.

Beide Komponenten des Sonderfonds können unabhängig voneinander beantragt werden. Gleichwohl wird den Unternehmen empfohlen, vor Durchführung einer Energieeinsparinvestition eine Energieeffizienzberatung in Anspruch zu nehmen.

Info: Ausführliche Informationen zu den Programmbedingungen und Konditionen des „Sonderfonds Energieeffizienz in KMU“ finden Sie auf unserer Homepage unter www.kfw-foerderbank.de und www.energieeffizienz-beratung.de.

Telefonische Auskunft über das Infocenter der KfW Förderbank: 01801 / 33 55 77. ■

Preisträger des KfW-Energieeffizienzpreises 2007 ausgezeichnet

Die KfW Förderbank hat am 15. November 2007 im Rahmen des Symposiums „Energetische Modernisierung von gewerblich genutzten Gebäuden“ die Preisträger des KfW-Energieeffizienzpreises 2007 ausgezeichnet. Insgesamt 15.000 EUR Preisgeld erhielten drei Unternehmen für ihre vorbildlichen Lösungen bei der Realisierung von Energieeinsparpotenzialen im Zuge der Modernisierung gewerblich genutzter Gebäude. Die ausgezeichneten Leistungen zeigen exemplarisch, dass im gewerblichen Bereich noch erhebliche Energieeinsparpotenziale bestehen, die durch geeignete Maßnahmen realisiert werden können. Gleichzeitig senken die Unternehmen dadurch ihre Energiekosten und stärken somit ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Die Preisträger

Den mit 10.000 EUR dotierten **ersten Preis** erhielt der Naturkostladen „Der Ritterhof“ mit dem angeschlossenen Architekturbüro Michael Felkner in Waltenhofen. Beide Gewerbe sind in einem ehemaligen Bauernhof angesiedelt, der nach einem ökologischen und energetischen Gesamtkonzept umfassend saniert wurde. Durch optimale Wärmedämmung der Gebäudehülle und Verschattungsmaßnahmen benötigt die Ladenfläche des Naturkostgeschäfts bis auf einen Wandlüfter zur nächtlichen Kaltspülung im Hochsommer, keinen Heiz- und Kühlenergiebedarf. Der verbleibende geringe Restheizenergiebedarf für die Bürofläche sowie für die Warmwasserbereitung wird zu ca. 70 % über thermische Solarkollektoren und zu ca. 30 % über einen moder-

nen Scheitholzheizkessel gedeckt. Der Stromverbrauch des kompletten Gebäudes wird zudem durch die ins Netz eingespeisten Erträge einer Photovoltaikanlage vollständig kompensiert. Insgesamt konnte durch die energetische Sanierung der Endenergiebedarf für die Ladenfläche auf 31 kWh/m²a und für die Bürofläche auf 52 kWh/m²a reduziert werden.

Mit dem **zweiten Preis** in Höhe von 3.000 EUR würdigte die Jury die EvoBus GmbH, ein Unternehmen des Daimler-Konzerns in Neu-Ulm. In dem Omnibusmontagewerk wurden umfangreiche energetische Modernisierungsmaßnahmen an einer im Jahr 1991 errichteten Montagehalle vorgenommen. Um den Wärmebedarf des Gebäudes zu vermindern, wurden zunächst Maßnahmen zur Reduzierung der Lüftungs- und Wärmeleitungsverluste ergriffen, wie z. B. die Neukonzeption der Heizungshydraulik, die Nachrüstung von Schleusen und Schnellauftore sowie die Optimierung der Leittechnik. Dann wurde das Heizsystem komplett neu konzipiert und dabei als prioritäre Wärmequelle die Abwärme aus der im Produktionsbereich zum Einsatz kommenden Druckluftstation genutzt, wodurch der Betrieb der bestehenden Heizlüfteranlage auf ein Minimum begrenzt werden kann. Des Weiteren wurden Maßnahmen zur Beleuchtungssanierung durchgeführt sowie elektrische Antriebe mit Frequenzumformern nachgerüstet. Durch die Maßnahmen konnte der spezifische Gesamtenergiebedarf des Montagewerkes (inkl. Verbräuche der in der Montagehalle vorhandenen Produktionsanlagen) von 304 kWh/m²a auf 234 kWh/m²a reduziert werden (-23%).

Der **dritte Preis** mit einer Summe von 2.000 EUR ging an die Augenoptik Borstel GmbH in Grimmen in Kooperation mit der Kieback & Peter GmbH & Co. KG und dem Planungsbüro Wilfried Lüthen. Im Zuge des Aus- und Umbaus des Optikfachgeschäfts wurde ein ganzheitliches Energiekonzept umgesetzt: Außenwände, Kellerdecke und Dachflächen wurden mit Wärmeschutz versehen, die neuen Fenster und Türen mit Dreifachverglasung ausgestattet sowie die vorhandene Gasheizung durch eine Wasser-Wasser-Elektrowärmepumpe mit einem hohen Leistungswert ersetzt. Die notwendige Kühlung der Geschäftsräume erfolgt anstatt durch eine Klimaanlage über ein mit Brunnenwasser beschicktes Kapillarrohrmattensystem unterhalb der Geschosdecke. Das System wird auch zur Beheizung verwendet. Ferner wurden Beleuchtungssanierungsmaßnahmen durchgeführt, u. a. wird der Präsentationsbereich des Optikergeschäfts nunmehr durch den Einbau einer Lichtkuppel mit natürlichem Licht ausgeleuchtet. Zur Steuerung und Regelung des Energieverbrauchs kommt zudem eine Gebäudeleittechnik zum Einsatz. Durch die beschriebenen Maßnahmen wird der nach der Energieeinsparverordnung zulässige Heizwärmebedarf des Gebäudes um ca. 27 % unterschritten.

Im Jahr 2008 unterstützt die KfW Förderbank den Energy Efficiency Award, der von der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Messe zum zweiten Mal ausgeschrieben wird. Mit dem mit insgesamt 30.000 EUR dotierten Preis sollen herausragende Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz in Industrie und Gewerbe prämiert werden. Die

Preisträger werden am 22. April 2008 auf dem „WORLD ENERGY DIALOGUE“ der HANNOVER Messe 2008 feierlich ausgezeichnet. Bewerbungen konnten bis zum 31. Januar 2008 eingereicht werden.

Info: Detaillierte Informationen zu den Preisträgern des KfW-Energieeffizienzpreises 2007 finden Sie auf unserer Homepage www.kfw-foerderbank.de unter der Rubrik „Über die KfW Förderbank/Gesellschaftliches Engagement/KfW-Energieeffizienzpreis“. ■

KfW-Nachhaltigkeitsindikator erstmals veröffentlicht

Seit Oktober 2007 gibt die KfW mit ihrem neuen KfW-Nachhaltigkeitsindikator Auskunft über Stand und Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Die Vereinten Nationen erklärten das Prinzip der Nachhaltigkeit auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahre 1992 zu einem weltweit politischen Leitbild des 21. Jahrhunderts. Unter Nachhaltigkeit wird ein Gesamtkonzept verstanden, das eine ökologisch verträgliche, sozial gerechte und wirtschaftlich leistungsfähige Entwicklung zum Ziel hat. Ökonomische, soziale und ökologische Zielsetzungen müssen hierfür miteinander in Einklang gebracht werden.

Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator soll eine Gesamtaussage ermöglichen, ob sich die Nachhaltigkeitssituation in Deutschland im Zeitablauf per saldo verbessert oder verschlechtert hat. Dabei werden die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaftlicher Zusam-

menhalt – betrachtet und deren Entwicklung im Zeitablauf dargestellt.

Der Indikator wird einmal jährlich berechnet. Die Ergebnisse werden exklusiv in der Frankfurter Rundschau erstveröffentlicht.

Konstruktion

Um das abstrakte Konzept der Nachhaltigkeit zu konkretisieren und die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit adäquat abbilden zu können, wurden für die einzelnen Gruppenindikatoren Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt geeignete Schlüsselthemen identifiziert und mit passenden Basisindikatoren hinterlegt, die die Entwicklungen in den Themenbereichen messen sollen. Das zum Einsatz kommende Indikatorensystem orientiert sich dabei weitgehend an dem Indikatorengerüst der Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung.

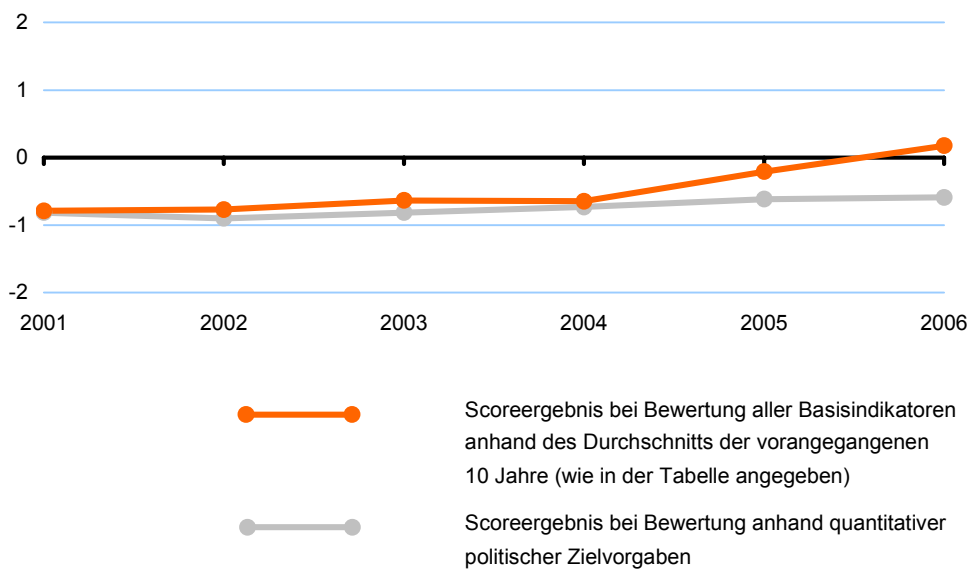
Fortschritte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung werden grundsätzlich anhand von Veränderungen der Basisindikatoren im Zeitablauf gemessen. Für neun der ausgewählten 24 Basisindikatoren liegen zudem quantitative politische Zielvorgaben für eine nachhaltige Entwicklung vor. In diesen Fällen wird neben der vergangenheitsorientierten Bewertung ergänzend eine politikzielorientierte Bewertung vorgenommen, wodurch sich der Spannungsbogen zwischen Veränderungen im Zeitablauf einerseits und politischem Zielerreichungsgrad andererseits aufzeigen lässt. Die notwendige Verdichtung der vorliegenden Einzelinformationen erfolgt mittels eines Scoreverfahrens.

Überblick KfW-Nachhaltigkeitsindikator

Einheitliche Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre

Scorepunkte	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Wirtschaft	-0,6	-1,2	-1,3	-1,1	-0,9	0,2
Umwelt	-1,0	0,0	-0,1	-0,4	0,1	0,7
Gesellschaftlicher Zusammenhalt	-0,8	-1,1	-0,4	-0,4	0,1	-0,4
Insgesamt	-0,8	-0,8	-0,6	-0,6	-0,2	0,2

KfW-Nachhaltigkeitsindikator insgesamt



Aktuelle Ausgabe

Die aktuelle Ausgabe des KfW-Nachhaltigkeitsindicators zeigt, dass im Jahr 2006 im Vergleich zu den Vorjahren deutliche Verbesserungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland erzielt werden konnten. Der Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindicators 2006 hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Zähler auf 0,2 verbessert. Erstmals seit 2001 liegt der Gesamtscore für die nachhaltige Entwicklung damit leicht über der vergangenheitsorientierten Benchmark – definiert als gleitender Durchschnitt der dem Bezugsjahr vorangegangenen 10 Jahre – welcher konzeptionell der Nulllinie entspricht. Positive Beiträge kamen vor al-

lem von den Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft und Umwelt.

Gemessen an den vorhandenen, quantitativen Politikzielvorgaben für eine nachhaltige Entwicklung sind aber noch weitere Anstrengungen zur Zielerreichung erforderlich. Mit einem Scorewert von -0,6 bei der politikzielorientierten Bewertung liegt das Scoreergebnis im Jahr 2006 deutlich unter der Referenzlinie von Null. Im Vergleich zum Jahr 2001 konnte allerdings das Ergebnis um 0,2 Zähler verbessert werden.

Info: Den Langtext zur aktuellen Meldung sowie ausführliche Informationen zur Konzeption des KfW-Nachhaltigkeitsindicators finden Sie auf unserer Homepage www.kfw.de unter der Rubrik Research/KfW-Indikatoren. ■

KfW stellt Mittel für den Kauf von Post-Kyoto Emissionsreduktionen bereit

Das Kyoto-Protokoll hat mit seinen so genannten flexiblen Mechanismen die Möglichkeit geschaffen, Emissionsreduktionen aus Treibhausgas mindernden Projekten zu zertifizieren (CDM- oder JI-Projekte) und somit international handelbare Rechte zu generieren. Damit eröffnet sich für Unternehmen und Projektentwickler eine zusätzliche Einnahmequelle, die zur Förderung Treibhausgas mindernder Projekte beitragen kann. Allerdings sind die Rahmenbedingungen für die flexiblen Mechanismen lediglich bis Ende 2012 festgelegt, denn dann endet die Laufzeit des Kyoto Protokolls. Für die Zeit danach, die „Post-Kyoto Periode“, gibt es noch kein verbindliches Regelwerk, welches die Weiterführung dieser Mechanismen sichern würde.

Die internationalen Verhandlungen zu einem Post-Kyoto Regime laufen zwar und im Rahmen der internationalen Klimaschutzkonferenz in Bali wurde ein Aktionsplan für die nächsten Jahre verabschiedet; eine Konkretisierung, ob es ein Post-Kyoto Regime mit verbindlichen Zielen zur Minderungen von Treibhausgasen geben wird und wie dieses aussehen könnte, ist allerdings nicht vor Ende 2009 zu erwarten. Diese Situation kann dazu führen, dass sinnvolle Projekte nicht mehr durchgeführt werden, denn der Zeitraum bis Ende 2012 ist zu kurz, um die Planungssicherheit zu geben, die viele Projekte aufgrund ihrer längeren Amortisationszeiten (häufig 8–20 Jahre) benötigen.

Zur zukünftigen Realisierung von Projekten zur Minderung von Treibhausgasen kann allerdings positiv beigetragen werden, indem sich bereits heute Käufer zur Abnahme der Emissionsreduktionen nach 2012 verpflichten. Die KfW hat sich entschlossen, ein politisches Signal zu setzen, indem sie Emissionsreduktionen der Post-Kyoto Periode kauft. Durch diese verbindlichen Abnahmeverpflichtungen kann entscheidend zur Verstärkung von Klimaschutzaktivitäten beigetragen werden. Das Engagement der KfW erfolgt in zwei Schwerpunkten:

Dem EIB Post 2012 Fonds, wobei es sich um eine gemeinsame Initiative Europäischer Förderbanken handelt. Dies sind neben der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der KfW das spanische Instituto de Credito Oficial (ICO) sowie die Nordic Investment Bank mit Sitz in Helsinki, die die Ostsee Anrainerstaaten repräsentiert. Die Caisse des Dépôts aus Frankreich hat ebenfalls ihr Interesse bekundet, an dem Fonds teilzunehmen. Insgesamt würde von den genannten Banken ein Gesamtvolumen von ca. 120 Mio. EUR für den Kauf von Post-Kyoto Emissionsreduktionen bereitgestellt, wobei der Beitrag der KfW 25 Mio. EUR umfasst. Für diesen Fonds soll eine Zweckgesellschaft mit einem unabhängigen Fondsmanagement gegründet werden. Es ist geplant, dass der Fonds seine Kaufaktivitäten noch im ersten Quartal 2008 startet. Voraussetzung für den Ankauf von Post-2012 Emissionsreduktionen ist, dass die entsprechenden Projekte bereits in der Kyoto Periode 2008 bis 2012 Zertifikate liefern. Dem Kauf der Emissionsreduktionen durch den Fonds liegt eine dezidierte Investitionsstrategie zu Grunde, die unter

anderem die gewünschten Projekttypen, den Lieferumfang der Projekte, die Projektländer und die Preisbildung etc. festschreibt.

Über den EIB Post 2012 Fonds hinaus will der KfW Klimaschutzfonds im zweiten Schwerpunkt auch eigene Post-Kyoto Käufe aus Projekten tätigen, die bereits heute Zertifikate liefern. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass diese Kaufaktivitäten wegen der o. g. Gründe aus förderpolitischer Sicht wichtig sind und weil nicht alle Projekte dem EIB Post 2012 Fonds angedient werden können, dies gilt insbesondere für Projekte, die klein sind oder nicht den Portfoliovorgaben des EIB Post 2012 Fonds entsprechen.

Der Markt für Post-Kyoto Emissionsreduktionen wird positiv eingeschätzt, denn die EU hat bereits die Rahmenbedingungen zur Fortführung des Emissionshandelssystems in einer dritten Periode geschaffen. Außerdem ist davon auszugehen, dass sich in der dritten Periode des EU-Emissionshandels ab 2012 die Reduktionsziele innerhalb der EU weiter deutlich verschärfen werden. Die einzelnen Unternehmen werden daher einem größeren Druck unterliegen, diese enger gefassten Reduktionsziele zu erfüllen. Bereits heute ist ein Kaufinteresse insbesondere bei Energieerzeugern für Post-2012 Emissionsreduktionen zu verzeichnen. ■

BMU-Programm „Pilotprojekte Ausland“: Förderzusage für die Modernisierung eines polnischen Heizwerks erteilt

Das Bundesumweltministerium hat für das polnische Wärmeversorgungsunternehmen Zgorzele ckie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej w Zgorzelcu Sp. z.o.o. (ZPEC) einen nicht rückzahlbaren Investitionszuschuss in Höhe von über zwei Mio. EUR für die Modernisierung des Heizwerks ul. Groszowej in Zgorzelec in Polen eingepflanzt. Die Fördermittel werden über die KfW Förderbank ausgereicht. Die ZPEC ist zu 100 % ein städtisches Unternehmen mit der Aufgabe, Wärmeenergie für Abnehmer innerhalb der Stadt Zgorzelec zur Verfügung zu stellen.

Zgorzelec ist die polnische Nachbarstadt von Görlitz, am rechten Neißeufer gelegen. Bedingt durch die räumliche Nähe wird die Luftqualität in Görlitz in hohem Maße durch die Emissionen in Zgorzelec belastet. Im Jahr 2005 wurde in Görlitz der zulässige Grenzwert der 22. BImSchV (Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionschutzgesetzes) für Feinstaub (PM 10) überschritten. Ca. 30 % der Feinstaubimmissionen sind auf Emissionsquellen in Zgorzelec (9 % in Görlitz) zurückzuführen.

Die zentrale Wärmeversorgungsquelle der Stadt Zgorzelec ist das Heizwerk ul. Groszowej, das mit Braunkohlestaub befeuert wird. Das Heizwerk sowie die Fernwärmeversorgung der Stadt sollen energetisch und wirtschaftlich optimiert werden. Dazu sind eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen, die zu einer bis zu 90-prozentigen Reduzierung des Feinstaubanteils und Einsparung an elektrischer Energie in Höhe von 500 MWh/a

führen sollen. Angestrebt sind auch eine höhere Auslastung und ein besser Wirkungsgrad des Heizwerkes.

Mit dem BMU-Programm "Pilotprojekte Ausland" werden Umweltschutzpilotprojekte in den EU-Beitrittsländern finanziell unterstützt. Dabei werden im Wesentlichen zwei Zielstellungen verfolgt:

- Unterstützung von Umweltschutzpilotprojekten, mit denen sich unmittelbare, grenzüberschreitende Umweltschutzeffekte für Deutschland erzielen lassen;
- Unterstützung von Umweltschutzpilotprojekten, bei denen der „Leuchtturmcharakter“ im Vordergrund steht.

Mit der Förderung von Leuchtturmprojekten soll vor allem folgendes erreicht werden:

- "Philosophietransfer" für einen wirksamen Umwelt- und Klimaschutz im Rahmen der zu entwickelnden Kooperationsbeziehungen;
- Multiplikatorwirkung mit Hilfe modellhafter kosteneffizienter Lösungen zur Verbesserung der Umweltsituation in diesen Ländern;
- Verbesserung der Akzeptanz für den Umweltschutz in der Bevölkerung.

Als Beispiel für ein „Leuchtturmprojekt“ kann hier die erfolgreich abgeschlossene "Initiative energetische Wohnungssanierung in Lettland" genannt werden. Im Rahmen dieser Initiative wurden energiesparende Maßnahmen zur komplexen energetischen Sanierung von bestehenden und bewohnten Wohngebäuden in Lettland fachlich begleitet und finanziert. Die geförderten Maßnahmen wurden für mehrere Städte und Gebäude nach einem einheitlichen Konzept durchgeführt und kommen allen Wohnungen der

sanieren Wohngebäude zugute. Im Ergebnis der Umsetzung dieses Projektes war der Heizenergiebedarf durch Energiesparmaßnahmen (Gebäudeisolierung, Einbau neuer Fenster usw.) um bis zu 60 % gesenkt worden. Der besondere Demonstrationscharakter dieses Projekts liegt in der für den Umweltschutz in Lettland wegweisenden Finanzierungsstruktur und der daraus finanzierten Vergabe von Einzelkrediten für Plattenbau-Wohngebäude in verschiedenen Städten Lettlands begründet. Vom Gelingen dieses Modells ist ein großer Schritt in Richtung zu einem eigenen lettischen kreditgestützten Wohnungssanierungsprogramm, das später Bestandteil eines lettischen Klimaschutzprogramms werden könnte, zu erwarten.

Hervorzuheben ist, dass mit dem BMU-Programm "Pilotprojekte Ausland" in erster Linie eine umweltpolitische Zielstellung und keine Infrastrukturverbesserung (wie z. B. bei entsprechenden EU-Programmen) verfolgt wird. Die Projektförderung erfolgt durch Zinszuschüsse und durch Investitionszuschüsse. Zinszuschüsse werden in Verbindung mit Darlehen der KfW Förderbank zur Verfügung gestellt. Auf diese Art und Weise soll auch für jedes Einzelvorhaben die Gesamtfinanzierung gesichert werden. Die KfW übernimmt dabei im Rahmen eines Treuhandverhältnisses die gesamte Abwicklung der betreffenden Projekte.

Das Bundesumweltministerium hat seit 1992 für fast 20 Umweltschutzpilotprojekte in der Tschechischen Republik, in der Republik Polen und der Republik Lettland Fördermittel in Höhe von rund 70 Mio. EUR bereitgestellt. ■

Engagement der KfW Entwicklungsbank zur Förderung einer nachhaltigen Abfallwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern

Bei der Förderung der kommunalen Infrastruktur in Entwicklungsländern hat sich die Deutsche Entwicklungszusammenarbeit bis in die späten 90er-Jahre hinein überwiegend auf den Ausbau der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung konzentriert. Inzwischen ist der Problemdruck im Abfallbereich und damit der Bedarf nach einer organisierten, die Ressourcen schonenden und umweltverträglichen Abfallentsorgung in vielen Partnerländern erheblich gewachsen. Die ungeordnete Entsorgung von Abfällen stellt vielfach ein gravierendes Umweltproblem in den meisten Entwicklungs- und vor allem den Schwellenländern dar. Darauf hat die KfW Entwicklungsbank durch eine beachtliche Steigerung der Zusagen für Entsorgungsprojekte reagiert. Seit 1999 wurden in acht Partnerländern Fördermittel in Höhe von 177 Mio. EUR für sechzehn Projekte zugesagt. Weitere 18 Projekte in insgesamt 13 Ländern befinden sich in Vorbereitung, vorrangig in Südosteuropa, im Nahen Osten, Nordafrika, Ostasien und Südafrika. Durch ihre Einbettung in einen intensiven Sektordialog mit den Partnern und die Unterstützung konkreter Reformschritte (Gesetze, Verordnungen, Institutionen, usw.) wirken die Vorhaben strukturbildend und unterstützen die sachgerechte Entwicklung angepasster sektoraler Rahmenbedingungen.

Abfallwirtschaft ist Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutz

Nicht ordnungsgemäß entsorgte Abfälle beeinträchtigen die Stadthygiene und bergen Gesundheitsrisiken in sich. Abfälle bilden Brutstätten für Überträger von Krankheiten, sind Nahrungsquelle für Ratten und Ungeziefer und schaffen damit ideale Voraussetzungen für die Verbreitung von Krankheitserregern. Insbesondere ärmere Bevölkerungsschichten sind hiervon betroffen. Gewässer, Luft, Boden, Natur, Landschaft, Flora und Fauna werden durch ungeordnete Müllkippen gefährdet; Trinkwasserressourcen, Flüsse, Seen, Küsten und Meere kontaminiert.

Ungeordnete Müllkippen verschmutzen nicht nur das Grundwasser, sie sind wegen des Gases Methan, das sich beim Abbau von Abfällen in Müllkippen und Deponien bildet, auch ausgesprochen klimaschädlich. Methan wirkt sich 21-mal so stark auf das Klima aus wie Kohlendioxid (CO₂). Eine Methan-Emissionsreduktion um eine Tonne entspricht somit einer CO₂-Reduktion um 21 Tonnen. Durch Recyclingmaßnahmen zur Rohstoff- und Energieeinsparung, Behandlung von Abfällen zur Vermeidung der Methanbildung in Deponien und Fassung der Deponiegase kann die Abfallwirtschaft einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten. In Deutschland hat allein die Beendigung der Deponierung unbehandelter Abfälle und die Deponiegasfassung mehr als 10 % zur Reduktion aller klimarelevanten Emissionen beigetragen. Zählt man die durch Recycling erzielten Wirkungen hinzu, sind es nach Berechnungen des Umweltbundesamtes sogar über 20 %.

Abfall als Rohstoff- und Energieressource

Rohstoffe und Energie bilden für das produzierende Gewerbe in Entwicklungsländern die Hauptkostenfaktoren. Die Volkswirtschaften vieler Schwellen- und Transformationsländer befinden sich bereits in einer Situation, in der die unzulängliche Versorgung mit Rohstoffen und Energie einerseits sowie die Kontaminierung der Umwelt infolge ungeordneter Abfallentsorgung andererseits die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung behindert. Aufgrund geringer Ressourcen- und Energieeffizienz der Produktionsverfahren laufen die Betriebe Gefahr, nicht mehr wettbewerbsfähig zu sein. Abfälle stellen Rohstoff- und Energieressourcen dar, die es durch differenziertes Stoffstrommanagement zu erschließen gilt.

Ein zentrales Ziel der von der KfW Entwicklungsbank geförderten Projekte ist es, die Strukturen für eine möglichst weitgehende Verwertung von Abfällen zu schaffen. Die Verwertung von Papier, Pappe, Metallen, Textilien, Leder, Knochen usw. ist in Entwicklungsländern zwar allgegenwärtig. Die Tätigkeiten werden jedoch zumeist unter höchst unhygienischen, gefährlichen Bedingungen überwiegend von marginalisierten Bevölkerungsgruppen geleistet. Diese haben sonst kaum Möglichkeiten, in einem formalen Beschäftigungsverhältnis ein den Lebensunterhalt sicheres Einkommen zu erzielen. Zumeist muss die ganze Familie mitarbeiten, Kinderarbeit mit all ihren negativen Folgen ist die Regel.

Die Herausforderungen in Entwicklungsländern bestehen hier insbesondere darin, die informellen Wertstoffsammler in die Abfallwirtschaftskonzept

te einzubeziehen. Durch Verbesserung der Rahmenbedingungen und Kooperation können die Hygienesituation und die Einkommensmöglichkeiten erheblich verbessert werden. Die Eltern sind nicht mehr auf die Mitarbeit der Kinder angewiesen und sind eher bereit, sie zur Schule gehen zu lassen. Dies leistet einen Beitrag zur Armutsminderung für diese Bevölkerungsgruppen und eröffnet den Kindern die Chance auf Bildung und damit auf ein Entkommen aus ihrem Milieu.

Weitergehende Ansätze zielen darauf ab, nicht nur die „traditionellen“ Wertstoffe zu recyceln, sondern möglichst große Anteile des Abfallmassenstroms zu verwerten: Verpackungen, Elektronikschrott, Kunststoffe, Bauabfälle, Elektro- und Kühlgeräte enthalten wertvolle, z. T. seltene Rohstoffe, die ansonsten zu hohen Kosten importiert werden müssen. Organische Abfälle wie Küchen- und Essensreste, Grün- und Strauchschnitt, Markt- und Schlachtabfälle, Klärschlämme, landwirtschaftliche Abfälle wie Gülle, Mist und Ernterückstände können zur Erzeugung von Biogas und Bodenverbesserungsmitteln genutzt werden. Aus Abfällen separierte und aufbereitete, heizwertreiche Abfälle können für die Energieerzeugung genutzt werden und damit Primärenergie substituieren.

Förderung von integrierten Konzepten

Wesentliche Aufgabe der von der KfW Entwicklungsbank finanzierten Abfallwirtschaftsvorhaben ist es, die Grundstrukturen für eine geordnete, zuverlässige und nachhaltige Entsorgung der Abfälle zu schaffen. Dabei verfolgt sie einen integrierten Ansatz, d. h. sie bezieht sowohl in ver-

tikaler Richtung alle Komponenten ein – von der Einsammlung – einschließlich frühzeitiger Separierung verwertbarer Abfälle – bis zur umweltverträglichen Ablagerung – als auch in horizontaler Richtung: Neben häuslichen und hausmüllähnlichen Abfällen werden alle Abfallarten berücksichtigt, die gemeinsam mit Hausmüll behandelt und abgelagert werden können.

Integrierte und recyclingorientierte Strategien sollen künftig noch stärker betont werden, um in den betroffenen Ländern eine schnellere Einführung fortschrittlicher Verfahren und Technologien zu ermöglichen. Entwicklungsstufen und vor allem Fehlentwicklungen, die die Abfallwirtschaft in Deutschland durchlaufen hat, sollen möglichst übersprungen werden („leapfrogging“). Allerdings reichen die finanziellen Möglichkeiten und Durchführungskapazitäten der Partnerländer für den aus Sicht des Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutzes wünschenswerten Technologie- und Effizienzsprung oft noch nicht aus. Die Strategien und Verfahren der Abfallverwertung und -behandlung müssen daher den örtlichen Bedingungen angepasst sein. Hierauf legt die KfW Entwicklungsbank bei der Vorbereitung und Durchführung von Vorhaben größten Wert, um die Nachhaltigkeit der Investitionen abzusichern.

Neue Spielräume durch den Emissionshandel

Der Klimaschutz, genauer gesagt der Emissionshandel, eröffnet gute Möglichkeiten, die finanziellen Voraussetzungen für den Einsatz fortschrittlicherer Technologien substanziell zu verbessern. Hier sind die Erwartungen an Deutschland mit seinen weltweit führenden Recyclingtechnologien und dem hier entwickelten

Knowhow besonders hoch. Nach Erfahrungen der KfW Entwicklungsbank können 20 % und mehr der Kosten des Entsorgungssystems durch Einnahmen aus dem Emissionshandel gedeckt werden. Bei den von der KfW Entwicklungsbank geförderten Abfallwirtschaftsvorhaben wird daher grundsätzlich geprüft, inwieweit sich die Vorhaben für den Emissionshandel eignen und welche weitergehenden Maßnahmen im konkreten Fall realisiert werden können, um eine möglichst weitgehende Methanreduktion zu erreichen. Von besonderem Vorteil ist hier, mit dem KfW Klimaschutzfonds über Instrumente zum Kauf von Emissionszertifikaten innerhalb der KfW Bankengruppe zu verfügen. So können die Möglichkeiten des Emissionshandels frühzeitig beim Projekt-Layout berücksichtigt werden.

Ausblick

Abfallwirtschaft und Klimaschutz sind eine große globale Herausforderung – und ein sehr großer Markt! Die Grundsteine für die Entwicklung des Sektors sind in vielen Ländern – nicht zuletzt auch durch die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – gelegt. Rahmenbedingungen wie die Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen, der Aufbau von Trägern für die Übernahme gemeindeübergreifender Aufgaben und – ganz entscheidend – die Entwicklung von Finanzierungs- und Gebührensystemen wurden und werden vielerorts geschaffen. Die Umwelt- und Abfallmärkte in den Schwellen- und Entwicklungsländern bilden sich gerade. Die Nachfrage nach höherwertigen Verfahren und Dienstleistungen wird steigen, da durch Abfallbehandlung kostengünstig CO₂-Verminderung betrieben werden kann. Mit den Ein-

nahmen aus dem Emissionshandel werden die wirtschaftlichen Hürden für den Einsatz fortschrittlicher Konzepte und höherwertiger Technologien deutlich gesenkt. Dies eröffnet für den Export von Knowhow und Technologien enorme Chancen gerade für deutsche Unternehmen. ■

DEG baut Klimaschutzförderung in Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft aus

Die DEG engagiert sich seit Mitte der 90er-Jahre für den Klimaschutz und die Nutzung erneuerbarer Energien in Entwicklungs- und Schwellenländern. Mit ihrer Hilfe konnten etwa die ersten privaten Windparks in der Türkei und in Brasilien gebaut werden. Die Förderung wurde in den letzten Jahren ausgeweitet. 2007 hat die DEG dafür rund 90 Mio. EUR bereitgestellt, unter anderem für Wasserkraftwerke in Südosteuropa und Uganda oder für eine Bananenplantage in Ecuador, die ihren Energiebedarf praktisch komplett über ein eigenes Kleinwasserkraftwerk deckt.

Energieeffizienz im Fokus

Schon seit Jahrzehnten fördert die DEG Investitionen zur Modernisierung von Produktionsstätten und -anlagen; die Verbesserung der Energieeffizienz ist dabei ein zunehmend wichtiges Handlungsfeld. Finanzierungen für Industrieunternehmen sind bedeutender Bestandteil des DEG-Geschäftes: 2007 waren es 23 Prozent der Neuzusagen mit einem Gesamtvolumen von 1,2 Mrd. EUR, und im DEG-Portfolio mit knapp 3,6 Mrd. EUR lag der Anteil bei fast einem Drittel.

Die DEG hat kürzlich ihr Portfolio durchleuchtet, um Potenzial für Energieeffizienz bei den Partnerunternehmen zu ermitteln. So können gezielt Schwachstellen und Optimierungsmöglichkeiten aufgegriffen und gemeinsam mit den Unternehmen Energieeffizienzprojekte entwickelt werden. Schon heute arbeitet eine Reihe der Partnerunternehmen nach besten internationalen Maßstäben: Eine Meerwasserentsalzungsanlage in Indien stellt zum Beispiel nicht nur dringend benötigtes Trinkwasser für die Millionenstadt Chennai zur Verfügung, sondern kann durch den Einsatz innovativer Technik im Verhältnis zu vergleichbaren Anlagen ein Drittel Energie einsparen.

Auch bei dem im Auftrag des Bundesministeriums für Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführten Public-Private-Partnership-Programm (PPP) spielt Klimaschutz eine wichtige Rolle. Über das PPP-Programm hat die DEG zusammen mit Unternehmen bisher mehr als 470 Projekte realisiert, davon rund zwei Drittel im Umweltbereich. So setzte sie mit der TÜV Rheinland Group mit „Kyoto Coaching Cologne“ (KCC) ein PPP-Projekt auf, um Unternehmen zu den „flexiblen Instrumenten“ des Kyoto-Protokolls und dem komplexen Zertifizierungsprozess zu beraten. KCC zielt darauf, Unternehmen den Weg von der Idee für ein CDM-Projekt bis zum Verkauf von Emissionsgutschriften zu vereinfachen. Ein Beispiel: Bei einem von der DEG mitfinanzierten Windpark in China führte KCC den Zertifizierungsprozess durch und wirkte an der erfolgreichen Veräußerung der Emissionszertifikate mit. KCC kooperiert auch mit dem KfW Klimaschutzfonds. ■

Überarbeitung der Umwelt- und Sozialrichtlinien der KfW Bankengruppe

Mit der Erweiterung der bisherigen Umwelt-Leitsätze der KfW Bankengruppe um soziale Aspekte und Fragen der Unternehmensführung im Jahr 2006 ist die KfW dem internationalen Standard von Erklärungen zu so genannten „ESG“ (environmental, social, governance) – Themen gefolgt. Dies macht es in der Konsequenz notwendig, die konkretisierenden Umwelt-richtlinien der einzelnen Geschäftsfelder an diese neuen Inhalte anzupassen.

Die KfW IPEX Bank hat den Überarbeitungsprozess mit der Verabschiedung einer neuen Nachhaltigkeitsrichtlinie durch die Geschäftsleitung Ende 2007 bereits abgeschlossen. Die erstellte Richtlinie geht dabei teilweise über international gängige Maßstäbe hinaus. Die Überarbeitung weiterer Richtlinien der KfW Entwicklungsbank, des Geschäftsfeldes Investitionsförderung Deutschland und Europa sowie des KfW Klimaschutzfonds soll im Frühjahr 2008 abgeschlossen werden. Ziel sind unter Berücksichtigung der Unterschiede in den Geschäftsfeldern möglichst einheitliche Anforderungen der KfW Bankengruppe an zu finanzierende Vorhaben.

Unter Beachtung der Umwelt- und Sozialleitsätze der KfW Bankengruppe hat sich die DEG im Rahmen der EDFI auf gemeinsame Umwelt- und Sozialstandards verständigt. EDFI steht für European Development Finance Institutions. Dem Verbund gehören mit der DEG 14 europäische Finanzierungsinstitute an, die den privaten Sektor in Entwicklungsländern fördern und dazu Unternehmen Investitionskapital bereitstellen. Das

Portfolio der EDFI-Mitglieder summiert sich auf über 12 Mrd. EUR. EDFI engagiert sich dafür, gemeinsam entwicklungspolitisch nachhaltig erfolgreiche Investitionen auf den Weg zu bringen und zu begleiten.

Durch die Verständigung auf gemeinsame, harmonisierte Umwelt- und Sozialstandards ist die konzertierte Kommunikation anspruchsvoller Standards als Voraussetzung für eine Finanzierung möglich; Kunden der EDFI-Institute erhalten so eine klare Orientierung bezüglich der Umwelt- und Sozialanforderungen. Neben einer einheitlichen Definition von Umwelt- und Sozialkategorien und einer Ausschlussliste von Projekten, die nicht mitfinanziert werden dürfen, wurde auch eine einheitliche Definition der Anforderungen an die Projektprüfung und von vertraglichen Mindestauflagen geschaffen. Grundlage sind dabei die nationalen Anforderungen in den Zielländern; den Richtwert bilden wie in der Bankengruppe die international anerkannten Umwelt- und Sozialstandards der Weltbanktochter IFC (International Finance Corporation) und die Standards für Arbeitsbedingungen der ILO (International Labor Organisation). ■

Verlauf und Ergebnisse der Weltklimakonferenz auf Bali

Vom 3. bis zum 15. Dezember 2007 hat auf Bali die Weltklimakonferenz stattgefunden. Dieses war zugleich die 13. Konferenz der 192 Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und das dritte Treffen der 176 Vertragsparteien unter dem Kyoto-Protokoll. Über 12.000 Delegierte aus knapp 190 Nationen waren zugegen.

Bereits zu Beginn der Konferenz dämpfte der Generalsekretär der UN-Klimarahmenkonvention, Yvo de Boer, die Erwartungen an die „Bali Roadmap“, die als Ergebnis der Konferenz den Prozess hin zu einem Kyoto-Folgeabkommen lenken soll. Die Herausforderung der Konferenz lag darin, die weit auseinanderklaffenden Vorstellungen der verschiedenen Parteien zusammenzuführen. So setzte sich bspw. die Europäische Union für ambitionierte verbindliche Emissionshöchstgrenzen ein. Die Entwicklungs- und Schwellenländer verlangten von den Industrieländern, in denen sie die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel sehen, ein stärkeres Vorgehen gegen Treibhausgasemissionen. Vorher seien sie nicht bereit, sich ebenfalls verbindlichen Zielen zu unterwerfen. Nicht zuletzt blockierten die USA mit ihrer Position die Verhandlungen. Sie weigerten sich bis zuletzt, verbindliche Emissionsminderungsziele anzuerkennen. Dabei manövierten sich die USA mit ihrer Position immer mehr an den Rand. In einem ungewöhnlichen Affront gegen die Bush-Regierung empfahlen elf ranghohe Abgeordnete aus dem US-Kongress den Konferenzteilnehmern, die Position der US-

Regierung zu ignorieren und einen effektiven Klimaschutzvertrag auszuhandeln.

Ergebnisse der Konferenz

Obwohl die Verhandlungen auf Bali zum Teil nur sehr zäh vorankamen, wurde die Konferenz mit der Vorlage der Bali Roadmap abgerundet. Diese legt die wesentlichen Verhandlungsinhalte unter der Klimarahmenkonvention für ein Klimaschutzregime nach 2012, einen Verhandlungszeitplan sowie das Enddatum 2009 für die Verhandlungen fest. Bis zum letzten Moment waren die Formulierungen in der Bali Roadmap zu den Verpflichtungen, die die Industriestaaten und die Entwicklungsländer eingehen sollen, umstritten. Für Industriestaaten einigte man sich auf die Begriffe „Minderungsverpflichtungen oder -maßnahmen“; Entwicklungs- und Schwellenländer verpflichten sich in der Roadmap zu „national angemessenen Minderungsmaßnahmen“. Dabei müssen Verpflichtungen „messbar, dokumentierbar und nachprüfbar“ sein.

Die EU konnte sich mit ihrer Forderung, das konkrete Minderungsziel von -25 bis -40 % bis 2020 gegenüber 1990 (IPCC-Report) in die Bali Roadmap aufzunehmen, nicht durchsetzen. Allerdings enthält der finale Text eine Fußnote, die präzise auf die relevanten Textstellen des IPCC-Reports verweist, der eben diese Zahlen nennt. Damit wird letztendlich das Anspruchsniveau für die Verhandlungen der kommenden zwei Jahre definiert. Darüber hinaus fordert die Bali Roadmap, dass die Anforderungen an alle Industriestaaten vergleichbar sein sollen. Somit gilt dieses festgeschriebene Anspruchsniveau auch für die USA.

Ein Durchbruch gelang bezüglich der Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern. Die Delegierten verabschiedeten die Einrichtung eines „Anpassungsfonds“, aus dessen Mitteln Maßnahmen und Projekte gegen die Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern finanziert werden sollen (Verbesserungen der Infrastruktur, Deichbau, Umbau der Landwirtschaft etc.). Der Fonds speist sich aus einer 2-prozentigen Abgabe der Industrieländer auf generierte Emissionsminderungszertifikate aus CDM-Projekten (Clean Development Mechanism). Derzeit entspricht diese einem Aufkommen von knapp 40 Mio. EUR. Tatsächlich dürften die Entwicklungsländer nach Einschätzung von Experten künftig jährliche zweistellige Milliardenbeträge für Anpassungsmaßnahmen benötigen. Die Initiatoren des Fonds versprechen sich jedoch eine wachsende Dynamik bei CDM-Projekten – mit entsprechend steigenden Einnahmen für den Anpassungsfonds.

Fortschritte konnten weiterhin bezüglich des Transfers klimafreundlicher Technologien aus den Industrieländern in Entwicklungs- und Schwellenländern erzielt werden. Die Beschlüsse betonen den hohen Stellenwert von umweltgerechten Technologien für den Klimaschutz. Gleichzeitig erkennen die Industrieländer an, dass die bisherigen Aktivitäten zur Förderung von Umwelttechnologien in Entwicklungsländern verstärkt werden müssen. Die Global Environment Facility (GEF) wird beauftragt, bis zur nächsten Nebenorgantagung der UNFCCC in Bonn im Juni 2008 ein Programm zum Technologietransfer zu entwickeln. Die gegensätzlichen Positionen der Industrie- und der Entwicklungs-

länder werden hier vermutlich noch zu langwierigen Verhandlungen führen.

Nicht zuletzt wurden Entscheidungen für die Projekte der Wiederaufforstung getroffen. So sollen mehr Projekttypen zur Wiederaufforstung als bisher für die Generierung von Emissionsminderungsgutschriften anerkannt werden. Dies soll u. a. durch die Anhebung der Obergrenze (in t CO₂e) für small-scale Projekte in der Wiederaufforstung erreicht werden. Beschlüsse bezüglich der Anerkennung von „avoided deforestation“ nach 2012 stehen dagegen noch aus. Es wird aber als Erfolg gewertet, dass forstwirtschaftliche Projekte explizit als eine der möglichen Aktivitäten in die „Bali Roadmap“ mit aufgenommen wurden.

Wichtiges Thema in den CDM- und JI (Joint Implementation)-Diskussionen war auch der programmatische Ansatz. Die Idee eines programmatischen Ansatzes ist es, kleinere Projekte mit geringem Emissionsminderungspotenzial zu einem Gesamtprojekt mit einem entsprechend größeren Reduktionsvolumen zusammenzuführen. Die Anwendung einer standardisierten Methodologie für alle einbezogenen Projekte hilft, die Transaktionskosten gering zu halten. Die Bali-Abschlussentscheidung zu CDM fordert nachdrücklich dazu auf, dieses Instrument zu nutzen. Auch für JI-Projekte kann der programmatische Ansatz im In- und Ausland helfen, zusätzliche Emissionsminderungspotenziale zu erschließen. ■

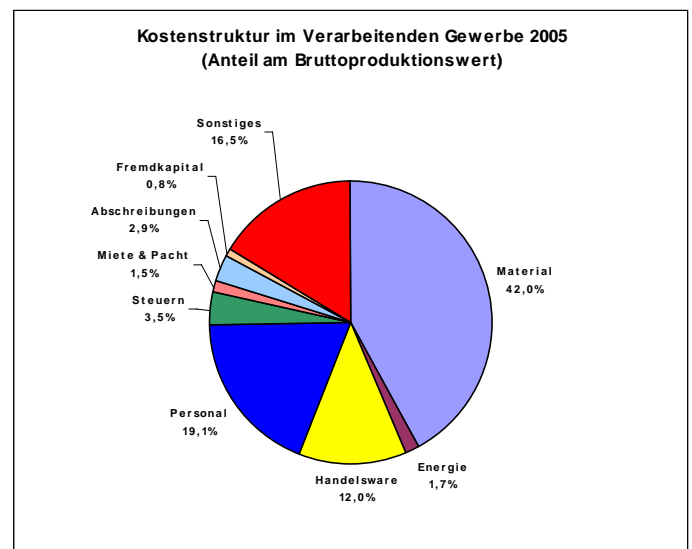
Materialeffizienz: Eine Herausforderung für Wirtschaft und Politik

Neben der weltweiten Nachfrage nach Energie ist auch der weltweite Rohstoffbedarf an Metallen und anderen natürlichen Stoffen aufgrund des starken Wachstums der Weltwirtschaft, insbesondere in den Schwellenländern wie China und Indien, enorm angestiegen. Deutschland zählt zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Während ein Großteil der Massenrohstoffe, z. B. Kies, Sand, Kalkstein und Ton innerhalb des Landes aus heimischen Lagerstätten gewonnen wird, besteht bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien eine nahezu vollständige Importabhängigkeit.

Begrenzte Förderkapazitäten bei steigender Nachfrage haben in den letzten Jahren die Rohstoffpreise in die Höhe klettern lassen. Der vom Hamburgischen Welt Wirtschaftsinstitut (HWWI) berechnete Rohstoffpreisindex auf Euro-Basis lag im Jahresdurchschnitt 2006 um 19,4 % über dem Niveau des Vorjahres. Ausschlaggebend für den Anstieg war vor allem die Entwicklung bei den Industrierohstoffen. Insbesondere Nichteisenmetalle (Kupfer, Zink usw.) verteuerten sich; für sie musste 2006 auf dem Weltmarkt im Schnitt 57,3 % mehr bezahlt werden als 2005. Für ein Land wie Deutschland, das auf den Import vieler Rohstoffe angewiesen ist, wird somit der effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen immer wichtiger, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Im Verarbeitenden Gewerbe stellen beispielsweise die Materialkosten mit 42 % noch vor den Personalkosten (19,1 %) den mit Abstand größten

Kostenblock dar. Die aktuell hohen und stark fluktuierenden Rohstoffpreise erhöhen damit den Handlungsdruck in den Unternehmen ihren Materialeinsatz zu optimieren. Eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der Materialverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe bei Ausnutzung aller Effizienzmöglichkeiten um 20 % Prozent reduziert werden könnte. Das würde eine jährliche Kostenentlastung der deutschen Industrieunternehmen von ca. 100 Mrd. EUR bei einem derzeitigen Materialgesamtaufwand von 500 Mrd. EUR ergeben.



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2007

Ansatzpunkte zur Steigerung der Materialeffizienz sind u. a.:

- Optimierung der Produktionsprozesse, z. B. durch die Reduzierung von Verschnitt,
- Optimierung der Konstruktion und des Produktdesigns (z. B. Leichtbau),
- verstärktes Werkstoffrecycling,

- bessere Auslastung von Geräten und Anlagen,
- Optimierung des Produktionsumfeldes (z. B. Lagerhaltung, Verpackungsmaterial).

Trotz des großen Kostensenkungspotenzials ist das Thema Materialeffizienz kein Selbstläufer. Insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen sind eine Reihe von Hemmnissen vorzufinden, die die Erschließung von Materialeffizienzpotenzialen erschweren. Zu nennen sind z. B. Informationsdefizite über bestehende rentable Materialeinsparpotenziale, Mangel an qualifiziertem Personal für die Projektplanung und -umsetzung sowie fehlende Finanzmittel für Investitionen in Maschinen und Anlagen. Die Hemmnisstruktur ist damit vergleichbar mit der bei der Erschließung von betrieblichen Energieeffizienzpotenzialen.

Um insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) weitere Potenziale zur Kostenreduzierung durch einen effizienteren Materialein-

satz zu erschließen, hat das BMWi die Deutsche Materialeffizienzagentur geschaffen. Mit einem Impulsprogramm bietet sie Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes Anreize zur Verbesserung der Materialeffizienz. Konkret werden Zuschüsse für die individuelle Beratung von KMU sowie für die Bildung von Unternehmensnetzwerken zur rentablen Verbesserung der Materialeffizienz zur Verfügung gestellt. Bei den ersten 40 abgeschlossenen Erstberatungen im Rahmen des Impulsprogramms wurden je Unternehmen durchschnittlich ein Einsparpotenzial von jährlich 130.000 EUR identifiziert. Dies entspricht einem Einsparpotenzial von 3,4 % des Umsatzes dieser Unternehmen – für mittelständische Unternehmen nicht selten eine annähernde Verdopplung der Umsatzrendite.

Info: Weitere Informationen zur Deutschen Materialeffizienzagentur und zum Impulsprogramm Materialeffizienz finden Sie unter www.demea.de. ■

**Umwelt- und Klimaschutzförderung der KfW Bankengruppe
im Jahr 2007**

KfW-Geschäftsfeld	Zusagevolumen für Umwelt- und Klimaschutzvorhaben in 2007 Mio. EUR
Investitionsförderung Deutschland und Europa *	12.865
KfW Entwicklungsbank	1.088
KfW IPEX-Bank	2.024
- davon im Inland	592
- davon im Ausland	1.432
DEG	608
Insgesamt	16.585

* KfW Förderbank und KfW Mittelstandsbank

Umwelt- und Klimaschutz im KfW-Geschäftsfeld Investitionsförderung Deutschland und Europa ¹⁾

	Zusagevolumen der Umweltförderung			
	2006		2007	
	Anzahl	Mio. EUR	Anzahl	Mio. EUR
nach Förderprogrammen				
Umweltschutz / Erneuerbare Energien	23.034	4.855	33.218	7.309
darunter:				
- ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm	5.194	2.871	7.392	3.007
- ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm: Anschaffung emissionsarmer schwerer Nutzfahrzeuge	-	-	201	24
- Zuschussvariante Anschaffung emissionsarmer schwerer Nutzfahrzeuge: bezuschusstes Investitionsvolumen	-	-	6.446	2.249
<i>davon Zuschüsse</i>	-	-	6.446	86
- KfW-Umweltprogramm Inland	4.472	1.146	6.097	1.441
- KfW-Umweltprogramm Ausland ²⁾	7	40	31	67
- KfW-Programm Erneuerbare Energien	543	154	160	22
- Solarstrom Erzeugen	12.726	399	12.836	393
- ERP-Innovationsprogramm ³⁾	92	246	55	106
Wohnungswirtschaft	128.050	6.998	76.170	4.942
davon:				
- CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	43.415	3.472	20.432	1.927
- Zuschussvariante CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm: bezuschusstes Investitionsvolumen	-	-	2.791	174
<i>davon Zuschüsse</i>	-	-	2.791	15
- Wohnraum Modernisieren ⁴⁾	52.079	1.317	26.443	740
- Ökologisch Bauen	32.556	2.209	26.504	2.101
Kommunale Infrastruktur	1.047	639	703	614
Umweltförderung in den KfW-Infrastrukturprogrammen:				
- Abwasserentsorgung	742	350	296	283
- Wasserversorgung	161	81	150	73
- Abfallwirtschaft	29	63	24	50
- Energieeinsparung	115	145	233	208
Total	152.131	12.492	110.091	12.865
Im Querschnitt ⁵⁾				
Sektoral				
- Gewerbliche Unternehmen (ohne Erneuerbare Energien)	1.006	1.512	7.484	3.533
- Erneuerbare Energien	22.028	3.343	25.734	3.775
- Wohnraum	128.050	6.998	76.170	4.942
- Infrastruktur	1.047	639	703	615
Funktional				
- Klimaschutz	150.874	11.458	102.764	9.735

1) Gesamtzusagen in der Investitionsförderung ohne Projektfinanzierungen in Deutschland und ohne Garantien und Verbriefungen

2) Umweltvorhaben deutscher Unternehmen außerhalb Deutschlands

3) Geschätzter Anteil Umwelt- und Klimaschutz

4) ÖKO-PLUS-Maßnahmen

5) Sektorale bzw. funktionale Zuordnung. Angaben beruhen teilweise auf Schätzungen auf Basis eigener Verwendungszweckanalysen.